

# Die Lage in Kaschmir ist brandgefährlich

Indien hat mit der Repression Terroristen herangezogen – nun fordern Sicherheitsexperten in Delhi einen Militärschlag gegen Pakistan

BRITTA PETERSEN, DELHI

John Mushtaq handelt mit Teppichen, Schals und traditionellen Produkten aus bemaltem Papiermaché. Er pendelt regelmässig mit seiner Ware zwischen Srinagar, der grössten Stadt im indischen Teilstaat Jammu und Kaschmir, und Indiens Hauptstadt Delhi. Das Geschäft läuft schon lange schlecht, doch seit dem vergangenen Donnerstag ist Mushtaq «nur noch deprimiert», wie er sagt. An jenem Tag starben bei einem Selbstmordanschlag im Pulwama-Distrikt von Kaschmir mindestens 42 indische Polizisten. Seitdem fürchten viele Kaschmiri in Nordindien um ihr Leben.

Fanatische Hindu-Nationalisten machen die Bewohner des zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Teilstaats für den Tod der Polizisten verantwortlich, obwohl sich die in Pakistan ansässige Terrororganisation Jaish-e-Mohammad (Armee Mohammeds, JeM) zu dem Anschlag bekannte. Studenten aus Kaschmir berichten von Drohungen und Handgreiflichkeiten, einigen wurden die Zimmer gekündigt, weil die Vermieter Angst vor Verwüstungen haben. In Dehradun und Uttarakhand klagten laut indischen Medien zwölf Studenten, Mitglieder von Hindu-nationalistischen Organisationen, die der Regierungspartei BJP nahe stehen, hätten sie verprügelt.

## Heisse Phase des Wahlkampfes

Daraufhin forderte das Innenministerium alle Teilstaaten dazu auf, die Sicherheit von Studenten aus Kaschmir zu garantieren. Die Minderheitenkommission in Delhi rief die Polizei zu höchster Aufmerksamkeit auf. Sie warnte vor Versuchen, die Atmosphäre zu vergiften und Krawalle vom Zaun zu brechen. Die Central Reserve Police Force, die grösste Polizeieinheit des Landes, richtete einen Notruf für Kaschmiri ein, die sich bedroht oder belästigt fühlen.

Zwei Monate vor den Wahlen liegen in Indien die Nerven blank. Es ist nicht das erste Mal, dass das Land darüber diskutiert, wie es auf einen Terroranschlag reagieren soll, für den es dem Nachbarn Pakistan die Schuld gibt. Doch zum ersten Mal fällt ein Anschlag mit einer grossen Zahl von Todesopfern in die heisse Phase eines Wahlkampfes, in dem zudem die Regierung von Premierminister Narendra Modi erheblich unter Druck steht.



Eine Frau gedenkt der Opfer eines Anschlags von letzter Woche in Kaschmir. S. GUPTA/EPA

«Die regierende Bharatiya Janata Party weiss, dass sie eine gute Chance auf Wiederwahl hat, wenn sie jetzt ihre Karten gut spielt. Wenn nicht, sinken ihre Chancen erheblich», sagt der Politikwissenschaftler Happyman Jacob von der Jawaharlal Nehru University in Delhi. Das mache die Situation gefährlicher als sonst. In der Tat bietet die aufgeheizte Stimmung Modi die Chance, sich als «Retter des Mutterlands» zu prä-

sentieren, nachdem seine BJP-Partei in den vergangenen Monaten an Popularität eingebüsst hat.

Viele Wähler verübeln Modi, dass er ihnen vor seiner Wahl wirtschaftlich bessere Zeiten versprochen hat, dann aber die Arbeitslosigkeit in Indien in den vergangenen vier Jahren leicht angestiegen ist. Der Premierminister steht daher seit längerem unter dem Druck von radikalen Studentenorganisationen aus

dem Umfeld seiner eigenen Partei, und wegen des Anschlags nimmt der Druck jetzt noch zu.

Indien hat schon sehr oft auf Terroranschläge zurückhaltend reagiert. Man scheute sich, ernsthaft einen Angriff auf Pakistan in Erwägung zu ziehen, weil Pakistan mit dem Einsatz taktischer Nuklearwaffen droht. Jetzt aber fordern nicht nur Boulevardblätter, sondern auch viele Sicherheitsexperten einen militärischen Gegenschlag.

## Angst vor Pakistans Atomwaffen

Laut Arka Biswas, einem Sicherheitsexperten bei der Denkfabrik Observer Research Foundation in Delhi, verfügt Indien über die Doktrin eines «sicheren massiven Gegenschlags» für den Fall eines Nuklearangriffs aus Pakistan. Doch diese sei wirkungslos, weil Pakistan wisse, dass Indien keinen Atomkrieg wolle. Indien müsse daher klar machen, dass es auch unterhalb dieser Schwelle über genügend konventionelle militärische Mittel verfüge, um proportional auf den möglichen Einsatz taktischer Nuklearwaffen zu reagieren.

Doch das ist leichter gesagt als getan. Natürlich weiss auch Premierminister Modi, der der indischen Armee nach dem Anschlag «freie Hand» gab, dass die Reaktion Indiens eine Mischung aus militärischen Mitteln und Diplomatie sein muss, doch im Wahlkampf muss sich Modi noch mehr als sonst als «starker Mann» präsentieren. Denkbar sind daher in den kommenden Wochen Angriffe aus der Luft entlang der sogenannten Line of Control (LoC), die den indischen Teil Kaschmirs vom pakistanischen trennt, oder sogenannte «chirurgische Angriffe» durch die indische Armee. Solche gab es bereits 2016 nach einem Terroranschlag, sie vermochten jedoch nicht viel zu bewirken.

Schwieriger wäre es, Stützpunkte der Terrororganisation JeM selbst anzugreifen. Diese hat ihr Hauptquartier in der Stadt Bahawalpur im pakistanischen Teilstaat Punjab, auch wenn Pakistan beharrlich leugnet, mit der JeM etwas zu tun zu haben. Zivile Opfer wären zu erwarten, und zudem handelte es sich um einen Angriff auf pakistanisches Staatsgebiet. Ein direkter Angriff auf Einrichtungen der pakistanischen Armee würde sicher Gegenschläge nach sich ziehen und damit Krieg bedeuten – mit ungewissem Ausgang.

Die Frage ist, ob Delhi so nahe an einer Wahl ein solches Risiko eingeht. Modi weiss, dass ein Krieg mit Pakistan das Kaschmir-Problem nicht lösen kann. Delhi hat auch unter seiner Regierung zu wenig getan, um den Menschen in Kaschmir zu signalisieren, dass es ihre Anliegen ernst nimmt. Lange Zeit hat Indien sich darauf verlassen, dass die Mehrheit dort keinen Beitritt zu Pakistan wünscht, und die Unruhen in Kaschmir rein militärisch bekämpft. Dabei kam es immer wieder auch zu zivilen Opfern.

Die politischen Spiele der traditionellen Parteien in Kaschmir erreichen die Jugend nicht mehr. Die Tatsache, dass der Teilstaat seit 2018 unter Direktverwaltung Delhis steht, weil die BJP die dortige Koalitionsregierung platzen liess, hat zu einem Mangel an Demokratie geführt, der die Unzufriedenheit nur anheizt. In den vergangenen Jahren ist in diesen Zuständen eine junge Generation von Radikalen herangewachsen, die zum ersten Mal auch Selbstmordanschläge als Mittel einsetzt.

## Versäumnisse eingestanden

Zu diesen jungen Radikalen gehörte auch der Attentäter vom letzten Donnerstag, Aadil Ahmed; er war der JeM erst kürzlich beigetreten. Um die Organisation war es lange vergleichsweise ruhig, weshalb der indische Geheimdienst die Gruppierung offenbar vernachlässigt hat. Der Gouverneur des Gliedstaats Jammu und Kaschmir räumte nach dem Attentat Sicherheitsversäumnisse ein.

Für Indien ist es eine brandgefährliche Entwicklung. Die JeM soll auch Kontakte zu den afghanischen Taliban unterhalten, die ihrerseits ebenfalls von Pakistan unterstützt werden und mit dem angekündigten Rückzug der USA aus Afghanistan eine Rückkehr an die Macht erwarten. Radikale aller Art könnten in diesem Fall mit der üblichen klammheimlichen Unterstützung des pakistanischen Militärs aus Afghanistan über Pakistan nach Kaschmir einsickern und ihren «Jihad» dort fortsetzen.

An der Reaktion von Pakistans Premierminister Imran Khan lässt sich ablesen, wie weit Indien inzwischen strategisch in der Region ins Hintertreffen geraten ist. Khan verkündete gelassen, dass man – ebenso wie in Afghanistan – das Problem in Kaschmir nicht durch Krieg, sondern nur durch Gespräche lösen könne.

# Schwere Vorwürfe stürzen Kanadas Regierung in die Krise

Premierminister Justin Trudeau soll Druck auf das Justizministerium ausgeübt haben

MARIE-ASTRID LANGER, SAN FRANCISCO

Acht Monate vor den Parlamentswahlen in Kanada steckt Premierminister Justin Trudeau in einer schwerwiegenden Affäre, die ihn die Wiederwahl kosten könnte. Ihm wird Einmischung in die Justiz vorgeworfen: Er soll zugunsten der Baufirma SNC-Lavalin aus Montreal Druck auf die damalige Justizministerin ausgeübt haben.

## Arbeitsplätze in Gefahr

Die kanadische SNC-Lavalin zählt zu den grössten Baufirmen der Welt und beschäftigt rund 50 000 Mitarbeiter, 9000 davon in Kanada und rund die Hälfte in der Provinz Quebec, wo auch Montreal und Trudeauas Wahlkreis liegen. Der Firma wird vorgeworfen, Anfang der 2000er Jahre Beamte in Libyen bestochen zu haben, um Aufträge an Land zu ziehen; in der Angelegenheit wird seit Jahren ermittelt. Sollte SNC-Lavalin in Kanada verurteilt werden, wäre die Firma für zehn Jahre von staatlichen Ausschreibungen ausgeschlossen. Diese machen jedoch die Hälfte des Auftragsvolumens aus, Tausende von Arbeitsplätzen wären bedroht, was wiederum Politiker in Quebec umtreibt.

Trudeau und seine Mitarbeiter sollen versucht haben, bei der damaligen Justizministerin Jody Wilson-Raybould zu erwirken, dass die strafrechtliche Verfolgung gegen SNC-Lavalin eingestellt und stattdessen eine aussergerichtliche Einigung angestrebt wird. Letzteres ist in Kanada seit einer Gesetzesänderung



Justin Trudeau  
Kanadischer  
Premierminister

im vergangenen Jahr möglich. Bei insgesamt 19 Treffen mit Mitarbeitern von Trudeau während dreier Jahre soll SNC-Lavalin für diese Gesetzesänderung lobbyiert haben und dafür, dass sie im vorliegenden Fall zum Tragen kommt.

Die Staatsanwaltschaft entschied jedoch im Oktober, ein ordentliches Verfahren gegen SNC-Lavalin zu eröffnen. Im Januar wurde Wilson-Raybould überraschend von ihrem Posten an der Spitze des Justizministeriums abberufen und

zur neuen Ministerin für Veteranenangelegenheiten ernannt.

Die ganze Angelegenheit war erst vor zwei Wochen durch die Tageszeitung «Globe and Mail» aus Toronto ans Licht gekommen, die sich auf nicht näher genannte Quellen bezieht. Inzwischen ist Wilson-Raybould von ihrem Ministerposten zurückgetreten und hat sich Rechtsbeistand gesucht, um zu erörtern, was sie öffentlich sagen darf. Bisher hat sie sich nicht zu den Vorwürfen gegen Trudeau geäussert.

Der wiederum streitet jegliches Fehlverhalten ab: Weder habe er versucht, Wilson-Raybould in ihrer Entscheidungshoheit als Justizministerin zu beeinflussen, noch habe ihre Versetzung etwas mit dem Fall SNC-Lavalin zu tun. Vielmehr habe der Rücktritt eines anderen Ministers eine Rotation im Kabinett bedingt. Sein Büro habe lediglich die Bedenken weitergegeben, die an ihn von Beamten in Quebec herangetragen worden seien. In einer Stellungnahme sagte er am Freitag, dass es die Aufgabe der Regierung sei, sowohl den Rechtsstaat zu schützen als auch Arbeitsplätze und gute Wachstumsbedingungen zu garantieren.

Doch selbst damit könnte Trudeau gegen die strengen Anti-Korruptions-

Regeln in Kanada verstossen haben. Der Jurist Michael Bryant, der früher für die Liberale Partei, der auch Trudeau angehört, Justizminister in der Provinz Ontario war, sagte, jegliche Unterredung zwischen Trudeauas Mitarbeitern und dem Justizministerium in der Angelegenheit SNC-Lavalin sei unzulässig, weil der Premierminister Kabinettsmitglieder entlassen könne. «Das Problem ist nicht der Inhalt der Botschaft, sondern ihr Überbringer», sagte Bryant, der inzwischen der Bürgerrechtsorganisation Canadian Civil Liberties Association vorsteht. Der Premierminister stecke in einer ernsthaften Krise. «Regierungen sind schon wegen weniger gefallen.»

## Beliebtheit bröckelt

Der Skandal zieht immer weitere Kreise: Am Montag trat überraschend Trudeauas engster Berater Gerald Butts zurück, der als Principal Secretary auch seine rechte Hand war und als strategischer Kopf hinter Trudeauas Überraschungssieg 2015 gilt. Butts sagte, er habe nichts Falsches getan und weise alle Vorwürfe der Einflussnahme entschieden zurück; doch er reiche seinen Rücktritt ein, um das Büro des Premierministers vor weiteren Vorwürfen und Ablenkungen zu schützen.

Auch ein Parlamentsausschuss ermittelt nun sowie der Ethikbeauftragte des kanadischen Parlaments, Mario Dion. Es ist bereits seine fünfte Untersuchung gegen Trudeau. Dessen prominentester Fehltritt war eine Familienreise auf die Privatinsel des Aga Khan, des Oberhaupts der schiitischen Ismailiten, obwohl ihn dies in Interessenkonflikte brachte, weil die Stiftung des Aga Khan auch Steuergelder erhält. Damals entschuldigte sich Trudeau überschwänglich, doch seine wiederholten Fehlritte stehen im Kontrast zum selbstgewählten Saubermann-Image, mit dem er 2015 als Premierminister angetreten war.

Die Affäre um SNC-Lavalin drückt auch auf die Beliebtheit der Regierung: In einer am Montag veröffentlichten Umfrage von Global News Ipsos befragten nur noch 42 Prozent der Befragten die Arbeit der Regierung – 9 Prozentpunkte weniger als noch Anfang Jahr. Nur noch 38 Prozent sagten, die Regierung verdiene eine Wiederwahl im Oktober. Einziger Lichtblick für die Liberalen ist, dass Trudeau als ihre Galionsfigur nach wie vor beliebter ist als die Vorsitzenden der Konservativen und der New Democratic Party. Doch die Affäre um SNC-Lavalin ist noch lange nicht ausgestanden.